KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 265 - 29. Jahrgang
MAI 2021
Spendenbeitrag 50 Cent

DIREKT IN DEN LANDTAG

An einem Samstag im April stellte der Rostocker Kreisverband der LINKEN seine Direktkandidat*innen zur Landtagswahl im September auf. Bewusst haben wir auf Öffentlichkeitsarbeit verzichtet, denn aufgrund der hohen Infektionszahlen wäre es vielleicht in der Öffentlichkeit auf Kritik gestoßen, dass DIE LINKE Wahlversammlungen abhält. Nachdem wir im Januar schon einmal die Wahlen verschoben hatten, erschien es dem Kreisvortand aber geboten, die Bestimmung der Kandidat*innen zu diesem Zeitpunkt durchzuführen, um eine angemessene Vorbereitung des Wahlkampfes in den vier Rostokker Wahlkreisen sicherzustellen. Zwischen 15 und 25 Mitglieder nahmen jeweils an den vier Wahlversammlungen im Waldemar Hof teil. Voraussetzung war ein negativer Corona-Selbsttest sowie die disziplinierte Einhaltung der Hygienebestimmungen. Eva-Maria Kröger berichtete von aktuellen Erkenntnissen über die schnellere Ausbreitung der britischen Corona-Mutation und unterstrich damit den Ernst der Lage.

Eva thematisierte in ihrer Bewerbungsrede für den Wahlkreis VI (Komponistenviertel, Hansaviertel, Gartenstadt/Stadtweide, KTV, Biestow und Südstadt) besonders die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Künstler*innen im Land. Viele von ihnen haben bereits aufgegeben – ein immenser Verlust für die kulturelle Vielfalt. Eva forderte die Zahlung einer monatlichen Pauschale i.H.v. 1200 Euro für die Künstler*innen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Eva bearbeitet im Landtag auch das Thema Wohnen – sie fordert einen Mietendeckel sowie mehr soziale Wohnraumförderung. Als bekannteste Rostocker Politikerin der LINKEN setzt sie sich das Ziel, ihren Wahlkreis direkt zu gewinnen.

Im Wahlkreis V (Evershagen, Lütten Klein und Reutershagen) tritt Christian Albrecht an. Er setzt auf das Thema Ostdeutschland (Arbeit, Löhne), Ausbau des ÖPNV sowie auf den Kampf gegen die zunehmende soziale Segregation in den Städten. Er nimmt sich vor, im Wahlkampfpf viele direkte Gespräche mit den Wähler*innen zu führen, um unsere Themen auf diese Weise in die Bevölkerung zu tragen.

Zuzutrauen ist ihm dies genauso wie dem Kandidaten im Wahlkreis VII (Dierkow, Toitenwinkel, Gehlsdorf, Stadtmitte, Brinckmansdorf) Helge Bothur. Man kann Helge fast schon als Urgestein der linken Rostocker Kommunalpolitik bezeichnen. Die Themen Bauen und Stadtentwicklung liegen ihm besonders am Herzen – und so soll es auch im Wahlkampf sein.

Fortsetzung auf S. 2

SPITZENKANDIDAT*INNEN GEKÜRT

Janine Wissler und Dietmar Bartsch werden DIE LINKE als Spitzenkandidat*innen in den Bundestagswahlkampf führen. Das hat am 10. Mai der Parteivorstand entschieden.

DIE LINKE ist die Anwältin derjenigen, die zu wenig verdienen und zu viel zahlen, erklärt Dietmar, der in Rostock als Direktkandidat antreten wird. „Wir sind nicht die Partei der Stellschrauben, sondern der radikalen Reformen, um das Leben der Menschen spürbar zu verbessern. Wir wollen mehr, weil mehr möglich ist.“ Das Ziel sei ein zweistelliges Resultat im September.

„Wir sind stolz, dass mit Dietmar Bartsch MV wieder in der ersten Reihe steht. Mit Blick auf unsere demokratischen Mitbewerber schickt DIE LINKE als einzige Partei einen ostdeutschen Spitzenkandidaten ins Rennen. Das ist bezeichnend“, so unsere Ko-Landesvorsitzende Wenke Brüdgam. „Janine Wissler und Dietmar Bartsch sind ein starkes Duo und zeigen, dass DIE LINKE eine moderne, bodenständige, gesamtdeutsche Partei ist. Diesen Schwung nehmen wir in den anstehenden Wahlkampf mit“, erklärt Torsten Koplin.

In dieser Ausgabe

Seite 2: Direktkandidat*innen
Seite 3: Tag der Befreiung
Seite 4/5: Michael Noetzel
Seite 5: Aus dem Landtag
Seite 6/7: Bürgerschaft
Seite 8: OdF-Denkmal
Seite 9: Hans Paasche
Seite 10: Kreistag
Seite 10/11: Russland-Politik
Seite 12: AG Senioren

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
Zukunft und Vergangenheit bestimmen die Maiausgabe des KLARTEXT. Im September werden Bundestag und Landtag neu gewählt. DIE LINKE tritt wieder an. Ja, so schnell geben wir nicht auf, mögen die Umfragen auch nicht die besten sein. Demoskopie ist keine Wissenschaft!
Wir kämpfen glaubwürdig dafür, dass sich das Leben vieler Menschen verbessert - durch einen bundesweiten Mietendeckel, durch mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, durch einen höheren Mindestlohn, durch weniger Ausgaben für Aufrüstung ... Es wäre schön, wenn wir uns in den nächsten Monaten auf diese Themen konzentrieren könnten. Die Wähler*innen werden uns dafür belohnen. Antifaschismus ist auch etwas, was uns miteinander und mit vielen anderen Menschen verbindet. Es sind maßgeblich Mitglieder unserer Partei, die zum Beispiel am Tag der Befreiung das Gedenken auch über 70 Jahre nach dem Sieg der Roten Armee am Leben halten. Jung und Alt gemeinsam. Das ist doch eine feine Sache!

Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. *Carsten Penzlin*

AKTUELLES

Endlich Entscheidung über Zukunft der MV-Werften treffen

Zur Nationalen Maritimen Konferenz in Rostock erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Henning Foerster:
„Auch in der maritimen Industrie hat die Corona-Pandemie deutliche Spuren hinterlassen. Doch längst nicht alle Probleme sind neu oder gar durch Corona verursacht. Seit Jahren wird in der Branche über die unzureichenden Finanzierungshilfen gesprochen. Ebenso lange bekannt sind die ungünstigen Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen, die dazu führen, dass der Preis regiert und Unternehmen im Ausland Vorteile gegenüber den heimischen Unternehmen haben.
Der Bund muss gerade heute beweisen, dass der Schiffbau in Deutschland noch gewollt ist und eine Zukunft hat. Warme Worte helfen den Tausenden Beschäftigten auf den Werften und in den Zulieferunternehmen nicht. Die Entscheidung über die Zukunft der MV-Werften ist längst überfällig.
Heute allein über die Rolle und Bedeutung der maritimen Industrie zu sprechen, während über den Köpfen von Tausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit schwebt, wird weder der auch für M-V so wichtigen Branche noch den darin Beschäftigten gerecht.“

AKTUELLES

WAHL DER VIER ROSTOCKER DIREKTKANDIDAT*INNEN

Fortsetzung von S.1: „Ich bin wieder da“, begrüßte der Kandidat für Wahlkreis IV (Heide, Warnemünde, Lichtenhagen, Groß Klein, Schmarl) Carsten Penzlin die Anwesenden. Schließlich hatte er bereits als junger Genosse vor zehn Jahren in diesem Wahlkreis kandidiert. Auch er möchte im Wahlkampf die Auswirkungen von Corona auf die Gesellschaft thematisieren. Wirtschaftspolitisch möchte er einen Akzent auf die politische Unterstützung der kleinen Unternehmen setzen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Er will die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen, damit M-V aus dem Lohnkeller herauskommt, streitet für eine bessere Bildungspolitik und eine optimale Gesundheitsversorgung. Er will im Wahlkampf vor allem Dinge ansprechen, die den Alltag der meisten Menschen berühren.
Alle Kandidierenden wurden (ohne Gegenkandidierende) mit 100 % der Stimmen gewählt. Zieht man auch die Zusammenstellung der Landesliste zur Landtagswahl in Betracht (siehe Bericht im KLARTEXT März), zeigt sich, dass die Kandidatensuche im Kreisverband Rostock sehr harmonisch und zielstrebig verlaufen ist. Rostock wird wieder mit mindestens zwei Abgeordneten im Landtag vertreten sein.
Die anwesenden Genoss*innen nutzten die Gelegenheit zu zahlreichen Fragen an die Kandidierenden und waren sichtbar froh über die Gelegenheit zum politischen Austausch mit „alten Bekannten“. Wollen wir hoffen, dass dies bald wieder zur Regel wird. Die Lage ist für unsere Partei nicht einfach, aufgrund politischer Umstände (Grünen-Hype) und eigener Fehler. Aber wir haben ein sehr gutes Programm, das uns deutlich von den anderen politischen Kräften unterscheidet. Bitte helft mit, im Verwandten- und Bekanntenkreis für dieses Programm zu werben. Wenn wir an der Basis geschlossen für unsere Themen und Kandidierenden eintreten, können wir im September erfolgreich sein.
Text: Carsten Penzlin / Foto: Martin Raspe

DER 8. MAI IM LANDKREIS UND IN ROSTOCK

Anlässlich des 76. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus führte der Kreisverband DIE LINKE.Landkreis Rostock mehrere Ehrende Gedenkveranstaltungen durch. Am Ehrenmal am Bad Doberaner Bachgarten legten der Kreisvorsitzende, Nico Burmeister, gemeinsam mit dem Direktkandidaten zur Landtagswahl im Wahlkreis 11, Michael Noetzel, sowie Birgit Schwebs, Stellvertretende Kreisvorsitzende DIE LINKE, ein Gebinde nieder.

In Güstrow ehrten ca. 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter 6 Russlanddeutsche, am Sowjetischen Ehrenmal die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Sowjetsoldaten. Karin Schmidt, Vorsitzende der Kreistagsfraktion im Landkreis Rostock, legte gemeinsam mit Iris Mickan-Stahl und deren Mann, Marten Stahl, sowie Lutz Hänsel, Mitglied des Kreisvorstandes und BO-Vorsitzender Laage, Blumen in Güstrow und auch in Laage nieder.

Heike Müller, Schatzmeisterin unseres Kreisverbandes und Dr. Christoph Küsters, Stellvertretender Kreisvorsitzender DIE LINKE, fuhren nach der Veranstaltung in Güstrow noch nach Lalendorf, um am Panzerdenkmal die gefallenen sowjetischen Helden des zweiten Weltkrieges zu würdigen.

Alle Veranstaltungen fanden entsprechend der bestehenden Corona-Verordnungsregeln statt. Sie haben eindrucksvoll bewiesen, dass das politische Leben auch unter Coronabedingungen möglich ist, weiter gehen kann. Trotz alledem!!!
Vielen Dank an alle teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohnern.
Peter Hörnig

In Rostock wurde das traditionelle Gedenken auf dem Puschkinplatz in diesem Jahr durch „Bunt statt Braun e.V.“ organisiert. Es sprachen Steffen Bockhahn und Wolfgang Nitzsche. *(Foto: Marlis Schröder)*

Nie wieder Faschismus! Der 8. Mai muss Feiertag werden

Zum Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai erklären die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg, und der innenpolitische Sprecher, Peter Ritter: „Der 8. Mai markiert das Ende der NS-Barbarei und wir gedenken an diesem Tag der Menschen, die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft wurden. Krieg, millionenfacher Mord, Vertreibung, Hunger und Elend infolge der Nazi-Diktatur dürfen sich niemals wiederholen. Wir müssen deshalb weiter dafür Sorge tragen, das öffentliche Bewusstsein für die Folgen von Nationalismus, Rassismus und Kriegstreiberei zu erhalten und zu schärfen. Das ist heute wichtiger denn je, in einer Zeit, in der rechte Hetzer wieder versuchen, das gesellschaftliche Klima mit ihrem Hass zu vergiften. Alle Demokratinnen und Demokraten müssen sich der menschenverachtenden Ideologie, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit mit aller Kraft entgegenstellen. Es gibt immer weniger Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus wachhalten, in die Schulen und in die öffentliche Debatte tragen. Das darf jedoch nicht zu einem Schweigen über das unermessliche Leid und Unrecht führen. Der 8. Mai muss zu einem gesetzlichen Feiertag werden, der ganz im Zeichen von Antifaschismus, Antidiskriminierung und Abrüstung steht. Die Erinnerung an jedes einzelne Opfer von Verfolgung, Krieg und Massenvernichtung darf nicht aufhören. Wir brauchen diesen Tag, um den Sieg über den Hitler-Faschismus zu feiern und den Grundsatz ‚Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus‘ mit Leben zu erfüllen. Wir brauchen diesen Tag, um allen gesellschaftlichen Akteuren Zeit und Raum zu geben, dieses Anliegen zu bekräftigen.“

MICHAEL NOETZEL STELLT SICH VOR

Liebe Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde

im Januar bin ich zum Direktkandidat für die Landtagswahl am 26.September 2021 im Wahlkreis 11, Landkreis Rostock II, gewählt worden.

Ich bin Michael Noetzel und möchte mich Euch kurz vorstellen.
Ich bin 46 Jahre alt und verheiratet. Ich habe zwei Kinder, eine Tochter und einen Sohn, die beide noch zur Schule gehen. Ich bin in Rostock geboren und aufgewachsen. Nach meinem Abitur leistete ich Zivildienst in einem Verein der sich der Freizeitgestaltung von Menschen mit Behinderung widmete. Bevor ich dann mit dem Jurastudium in Rostock begann, war ich als Au-Pair in den USA. Mein Referendariat habe ich am Oberlandesgericht Rostock absolviert. Während der Verwaltungsrechtsstation war ich dem Rechtsamt des Landkreises Bad Doberan zugewiesen. In dieser Zeit habe ich die Arbeitsweise der Verwaltung und praktische kommunalrechtliche Probleme kennen gelernt. Seit 2009 bin ich Rechtsanwalt und war bis 2018 in einer Bürogemeinschaft in Rostock tätig. Meine Tätigkeitsschwerpunkte sind Arbeitsrecht, Familienrecht und insbesondere Strafrecht. Auf diesem Gebiet bin ich auch Fachanwalt. Seit 2018 arbeite ich als Referent in der Landtagsverwaltung in Schwerin.

Politisch engagierte ich mich schon früh nach der Wende im Stadt- und Landesschülerrat. Nach den pogromartigen Ausschreitungen 1992 in Rostock-Lichtenhagen stand für mich jahrelang der Kampf gegen den Rechtsextremismus im Vordergrund. Seit meinem Studium engagierte ich mich daher u.a. im Verein Lobbi e.V., der Betroffene rechter Gewalt unterstützt.

Letztes Jahr war ich der Kandidat unserer Partei bei der Landratswahl im Landkreis Rostock.

Ich möchte in den Landtag unseres schönen Mecklenburg-Vorpommerns, weil ich meinen Beitrag dazu leisten möchte,
- dass es keinen neuen Nationalsozialistischen Untergrund gibt,
- weil ich eine bürgerinnen- und bürgerfreundliche Polizei möchte,
- weil mir die Stärkung des ländlichen Raumes am Herzen liegt und
- weil ich die wirklich hervorragende parlamentarische Arbeit von Peter Ritter konsequent fortsetzen möchte. Gerade im wichtigen Feld der Innenpolitik braucht es endlich linke Politik, und so wie es keinen zweiten NSU geben darf, so darf es auch keinen Lorenz Caffier 2.0 geben. Genau dafür möchte ich mich im Landtag einsetzen.

Seit 2018 arbeite ich über die Linksfraktion im Schweriner Landtag im Sekretariat des NSU-Untersuchungsausschuss und das, liebe Genossinnen und Genossen, was ich dort mitbekommen und erfahren habe, ist ein erster wichtiger Grund meiner Kandidatur. Unsere Aufgabe war und ist es, zu verstehen, wie es dazu kommen konnte, dass in Deutschland Neonazis nahezu ungehindert morden konnten und dieses Netzwerk nach einem sehr langen, tödlichen Wirken, erst durch seine Selbstenttarnung teilweise aufgedeckt wurde. Hier waren der Staat und seine

Sicherheitsbehörden auf dem rechten Auge blind, und ich möchte hinzufügen: Sie sind es noch heute. Denn wie kann es bitte sein, dass wir erleben müssen, dass es, wie in Hessen, Drohschreiben gibt, die mit dem Kürzel NSU 2.0 versehen sind und wir immer noch nicht wissen, wer dahinter steckt. Oder – dass sich hier bei uns im Land Polizeibeamte, Soldaten und Politiker zusammen tun, Todeslisten erstellen und die Beseitigung politischer Gegner bis hin zur Beschaffung von Löschkalk und Leichensäcken planen können, ohne dass dies in 4 Jahren aufgeklärt wird.

Das ist ein Skandal! Dass so etwas möglich ist, das ist, offen gesagt, institutionell gedeckter Rassismus und Rechtsextremismus. Das ist nicht hinnehmbar. Und, liebe Genossinnen und Genossen, eines verspreche ich euch:

Als Landtagsabgeordneter werde ich hier den Finger konsequent in die sehr große und klaffende Wunde legen und auf Aufklärung dringen. Denn gerade die, die uns eigentlich vor verfassungsfeindlichen Umtrieben schützen sollen, sind Teil des Problems. Das aber kann und darf nicht sein! Die alte Frage: Wer bewacht die Wächter? - sie ist hier in Mecklenburg-Vorpommern hochaktuell und real. Und die Kommission von Innenminister Renz aus Verfassungsschützern und Polizeibeamten wird beim Verfassungsschutz nicht für Aufklärung sorgen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt noch einen zweiten wichtigen Grund, der mich zu dieser Landtagskandidatur motiviert. Es ist der starke Wunsch nach einer wirklich bürgerinnen- und bürgernahen Polizei. Eine Polizei ohne Korpsgeist, die zur Selbstkorrektur fähig ist, in der eine Fehlerkultur besteht und die sich vor allem weiterentwickelt.

Eines vorweg: Natürlich stehe ich als Linker zu der Maxime, dass eine gute Sozialpolitik die beste Sicherheitspolitik für eine Gesellschaft ist. Dennoch brauchen wir eine gut funktionierende Polizei, damit die Menschen sich wirklich sicher fühlen können und Kriminalität konsequent bekämpft wird. Was wir jedoch erleben, ist eine Polizei, die keine Fehler einsieht, die jede Kritik als Nestbeschmutzung wahrnimmt und in der sich gegenseitig gedeckt wird. Das aber kann nicht sein, ist vollkommen unzeitgemäß und vor allem das Ergebnis von 14 Jahren Lorenz Caffier als Innenminister.

Wir als Linke sagen ganz klar: Wir sind nicht gegen die Polizei. Wir sind sogar für eine gut ausgebildete und handlungsfähige Polizei. Aber wir wollen, dass diese ihre Einsätze nachreflektiert, dass sie Fehler offen zugibt, dass sie regelmäßig in den Dialog geht, auch mit der Zivilgesellschaft, dass es mehr politische Bildung und Demokratiebildung für die Polizei gibt, dass es eine Polizeibeauftragte oder einen Polizeibeauftragten gibt, an den sich Polizi-

stinnen und Polizisten, aber vor allem Bürgerinnen und Bürger bei Verfehlungen der Polizei vertrauensvoll wenden können.

Denn, liebe Genossinnen und Genossen, um das ganz offen zu sagen: Caffier 2.0 und ein „Weiter so“ bei Polizei und Verfassungsschutz darf es nicht geben! Eine autoritäre Polizei passt nicht zu einer demokratischen Gesellschaft. Die Polizei jedoch zu demokratisieren, wird mir ein ganz wichtiges parlamentarisches Anliegen sein, egal wer Innenministerin oder Innenminister ist.

Es gibt noch eine dritte Begründung meiner Kandidatur. Ich war ja letztes Jahr unser Kandidat bei der Landratswahl im Landkreis Rostock. Ich kann euch sagen: Ich wäre gern Landrat dieses schönen Kreises geworden, aber natürlich respektiere ich das Votum der Wählerinnen und Wähler. Wir sind ja hier nicht in den USA. In dieser Zeit, in diesem Wahlkampf, in den vielen Gesprächen, die ich mit den Bürgerinnen und Bürgern trotz Corona führen konnte, fielen mir viele Sachen auf, die nur landespolitisch gelöst werden können. Zwei Dinge sind mir hier besonders wichtig: Die Verkehrsanbindung und die Digitalisierung.

Noch heute müssen wir erleben, dass es Orte gibt, in denen einmal morgens der Bus hält, um in die Stadt zu fahren, und abends kommt er zurück. Manche Dörfer sind vollkommen abgeschnitten. Das aber sorgt dafür, dass Menschen nicht mehr wirklich am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, gerade diejenigen ohne Auto. Es sorgt dafür, dass der ländliche Raum noch weiter ausblutet und die Stadt-Land-Differenz noch größer wird. Und aus genau diesem Gefühl des Abgehängtseins, welches ja leider oft stimmt, speist sich dann ein Teil der Zustimmung zur AfD. Wir brauchen stattdessen mehr Zugverbindungen, mehr Busse, eine intelligente Vernetzung des Verkehrs. Und vor allem, in Richtung Grüne: das muss auch alles bezahlbar sein.

Genau hier aber kommt die Landespolitik ins Spiel. Wir brauchen, liebe Genossinnen und Genossen, eine Verkehrswende. Aber eine, die sozial gerecht ist. Für genau diese Mittel will ich im Landtag kämpfen. Was wir aber ebenso brauchen, ist flächendekkend gutes Internet und eine konsequente Digitalisierung auch der ländlichen Räume. Welch unfassbare Arroganz schwang in den Worten der Bundesbildungsministerin Anja Karliczek von der CDU mit, als sie sagte „Man braucht kein schnelles Internet an jeder Milchkanne“. Ich als Linker antworte ihr: Doch, brauchen wir. Und es geht, was Länder wie Estland eindrucksvoll zeigen. Doch warum brauchen wir schnelles Internet überall? Erstens, damit schlichtweg alle schnelles Internet haben. Zweitens, damit die ländlichen Räume für Firmen und junge Menschen attraktiver werden. Drittens aber auch, um Menschen, die auf dem Dorf wohnen, nicht ein Gefühl zu vermitteln, welches viele Ostdeutsche seit 1990 zur Genüge kennen: nämlich Bürger zweiter Klasse oder eben niedrigerer Priorität zu sein.

Natürlich werden wir das nicht überall zum gleichen Zeitpunkt haben, aber ich sage ganz klar: Unsere Aufgabe als Linke ist es, nicht nur soziale, sondern auch regionale Unterschiede zu verringern. Wir stehen zum verfassungsmäßig verankerten Prinzip gleichwertiger Lebensverhältnisse. Und gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten im 21. Jahrhundert: Schnelles Internet an jeder Milchkanne. Und – liebe Genossinnen und Genossen seht es mal so: Gleichwertige Lebensverhältnisse sind praktisch gelebter Antifaschismus. Die Voraussetzungen hierfür aber kann nur das Land schaffen. Dafür will und werde ich mich im Landtag einsetzen.

Das also ist das Angebot meiner politischen Kandidatur: Alles zu tun, um den NSU-Skandal konsequent aufzudecken und ein NSU 2.0 zu verhindern, in Peter Ritters Vermächtnis für eine linke Innenpolitik, eine bürgernahe Polizei und Bürgerinnen- und Bürgerrechte zu streiten und die ländlichen Räume zu stärken, insbesondere durch eine Verkehrspolitik und Digitalpolitik, welche das Verfassungsprinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse ernst nimmt.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte Euch, mich und unsere Partei bei den anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen zu unterstützen und für eine starke LINKE zu streiten.

Mit solidarischen Grüßen
Michael Noetzel

SOZIALPOLITIK

Sozial und solidarisch aus der Krise

Auf Ihrer Beratung haben die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag, der LINKEN in den Landtagen sowie im Europäischen Parlament das Grundsatzpapier „Sozial und solidarisch aus der Krise“ beraten und beschlossen.
In dieser Erklärung werden konkrete Vorschläge unterbreitet, wie den sozialen Folgen der Pandemie begegnet werden kann. Die Diskussion hierüber erfolgte gemeinsam mit Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes und Suzanna Karawanskij, Präsidentin der Volkssolidarität.
Hierzu erklärt Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:
„Bürgerinnen und Bürger fordern zu Recht Lösungen für ihre teilweise dramatischen Probleme. Wir brauchen Zusammenhalt und soziale Sicherheit im Land – in und nach der Krise! Unsere Lösungsvorschläge sind in dem Papier benannt. Für uns steht fest: Die sozialen Sicherungssysteme müssen vor Angriffen geschützt werden. Leistungen dürfen nicht gekürzt werden, um die Krise zu bezahlen.“

Die Fraktionsvorsitzenden waren sich einig, dass es sich einmal mehr gezeigt hat, dass ausschließlich ein auch finanziell handlungsfähiger Staat in der Lage ist, die größten Nöte abzufangen und dafür zu sorgen, dass möglichst niemand auf der Strecke bleibt. Um dies dauerhaft zu gewährleisten, werden auch die Frage der Finanzierung der Folgen der Corona-Pandemie thematisiert und Vorschläge unterbreitet.
Hierzu erklärt Simone Oldenburg, Vorsitzende der LINKEN im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und derzeitige Vorsitzende der Fraktionsvorsitzendenkonferenz:
„Nicht Millionen von Menschen, sondern Menschen mit Millionen sind in der Pflicht! Jetzt ist die Solidarität derer gefordert, die Geld im Überfluss haben, und nicht die Verkäuferin, der Koch oder die Kellnerin.“

BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTSSITZUNG AM 21.4.

Am 21. April tagte die Bürgerschaft mit ihrer 17. Sitzung in der Stadthalle Rostock. Regine Lück eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis auf die aktuellen Corona-Regeln.
Gleich im Anschluss an die Belehrung konnte Frau Lück gleich zwei Jubiläen feiern. Die Stadtteile Brinckmansdorf und Reutershagen feiern ihr 100jähriges Bestehen. Nach dem lautstarken Klopfen auf die Tische der Bürgerschaft ging es zur Tagesordnung über.

Personalroulette

Begonnen wurde mit der Nachwahl von Stellvertretern in Aufsichtsgremien. So wurde für unsere Partei ein Stellvertreter für die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes für die Ostsee-Sparkasse Rostock nachgewählt. Genosse Olaf Groth verzichtete auf sein Mandat. Für ihn wurde Genosse Mathias Lesch berufen. Genossin Kristin Schröder verzichtet auf ihr Mandat für die Verbandsversammlung des Warnow- Wasser- und Abwasserverbandes. Genossin Jutta Reinders übernahm an ihrer Stelle.
Genosse Dr. Carsten Penzlin übernahm für den verzichtenden Genossen Steffen Ohm das Mandat als Stellvertreter in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Wir wünschen den Genossen Kraft, einen ruhigen Geist und gutes Gelingen mit ihren Mandaten.

Anträge

Den Auftakt des Abends machte die CDU mit ihrem Antrag, dass Rostock an der bundesweiten Initiative „Kinderfreundliche Kommune“ teilnehmen solle.
In der Stellungnahme des Amtes für Jugend, Soziales und Asyl unter Genossen Steffen Bockhahn wurde der Antrag sehr begrüßt. Auch wies man in der Stellungnahme darauf hin, dass Rostock bereits eine kinderfreundliche Stadt sei. Dieses Vorbild werde nun mit dem Beitritt zu der Initiative stärker untermauert. Es wurde in der Aussprache der Bürgerschaft darauf hingewiesen, dass man für die Unterstützung der Initiative zur Stärkung von Kinderrechten, eine weitere halbe Personalstelle brauchen werde, da die Mitarbeiterin in der Verwaltung schon jetzt sehr ausgelastet sei. Daher wurde die Bitte geäußert, eine halbe Stelle in der Zukunft in der Haushaltsplanung mit zu berücksichtigen.
Ein unter unserer Mitwirkung entstandener und angenommener Änderungsantrag beinhaltet, neben der rechtlichen Stärkung von Kindern und Jugendlichen, die Verbesserung der der Beteiligungsmöglichkeiten durch Jugend-Beiräte, Ernennung von Beauftragten und Schaffung von Mitwirkung an Freizeitgestaltung, aber auch Mitwirkung von Jugendlichen an Bau und Raummaßnahmen in der Zukunft.
Denn Kinderfreundlichkeit, so die einhellige Meinung der Bürgerschaft, ist ein zentraler Faktor der Zukunft für den Standort Rostocks. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Zukunft des Steinkohlekraftwerks im Überseehafen

Die Bürgerschaft hat sich in vergangenen Sitzungen für eine schnellstmögliche Abschaltung des Kohlekraftwerks in Rostock ausgesprochen. So zielte der Antrag der Grünen am Abend darauf ab, dass der Fernwärmeliefervertrag im Volumen von 8 Millionen Euro gekündigt wird um das Kraftwerk unrentabler zu machen.
Im Antrag heißt es weiter, dass der Bürgerschaft bis spätestens Ende 2022 eine Beschlussvorlage vorzulegen sei, die das weitere Vorgehen der Hansestadt Rostock auf dem Weg zu einer CO2-freien Fernwärmeversorgung aufzeigt. Dabei sind insbesondere die Ergebnisse des derzeit in Arbeit befindlichen Wärmeplans für Rostock, sowie die Möglichkeiten zur Einbeziehung alternativer Wärmeerzeugung zu berücksichtigen.
Das Steinkohlekraftwerk ist seit 1994 in Betrieb. Die derzeitigen Eigner und Betreiber sind E.ON und Vattenfall. Im Antrag heißt es, dass der fortschreitende Klimawandel ein konsequentes und sofortiges Handeln zur Senkung der Treibhausgasemissionen erfordert. Das Kohlekraftwerk Rostock stößt jährlich bis zu 2,5 Millionen Tonnen CO2 aus und macht es damit, mit weitem Abstand, zur größten CO2-Quelle in Mecklenburg-Vorpommern.
Neben den 2,5Mio Tonnen Kohlendioxid (CO2) entstehen im Kraftwerk durch die Verbrennung von Steinkohle durchschnittlich im Jahr ca. 2000t Stickstoffoxide (NO2), 500t Schwefeldioxide (SO2), 100t Distickstoffmonoxid (N2O), 90kg Nickel (Ni), 50kg Arsen (As) und 20kg Quecksilber (Hg).
Eine unglaublich hohe Menge an Umweltgiften wird so jährlich in die Luft geblasen. Die Umsetzung des Beschlusses erfordert, laut Aussage der Verwaltung, personelle Kapazitäten bei der Klimaschutzleitstelle, die derzeit und absehbar bis Mitte 2022 nicht ausreichend vorhanden sind. Dabei ist es im direkten wirtschaftlichen Interesse der Stadt, die Klimaerwärmung zu begrenzen. Denn die Kosten für Maßnahmen zur Vorbeugung oder Beseitigung von Schäden durch den Klimawandel sind kaum überschaubar. So stehen in Zukunft hohe Investitionen im Bereich Hochwasser- und Küstenschutzmaßnahmen im Haus. Auch verstärkt auftretende Unwetter mit Starkregenfällen, Stürmen und die daraus entstehenden Schäden sind zu beachten. Nicht zu vergessen, die Hitzeschäden in Baumbeständen in Rostock und der Heide sind kaum abzuschätzen.
Alles in Allem ein schwieriger Antrag, da Wärme und damit verbundene Fernwärme als Nebenprodukt der Energiegewinnung abfällt. Die Stadtwerke befinden sich laut eigener Aussage aber auf einem guten Weg für eine CO2-neutrale Wärmegewinnung.
Letztendlich ist der Antrag als Bekenntnisantrag zu betrachten. Und es bleibt zu hoffen, dass Fernwärme durch erneuerbaren Energien ersetzt und somit die gesamte Kette der Energieproduktion durch das Kraftwerk überflüssig wird. 2025 ist immer noch das gesteckte Ziel für die Abschaltung des Kraftwerks. Der Hauptantrag wurde angenommen.

Seenotrettung im Mittelmeer

Nun wurde es emotional in der Bürgerschaft. Das Bündnis „United4Rescue“ (engl. Vereint für die Rettung) mit Trägerverein „Gemeinsam Retten“, welches auf Initiative der Evangelischen Kirche Deutschland gegründet worden ist, betreibt zivile Seenotrettung im Mittelmeer. Der Beitritt Rostocks zum Bündnis soll die Haltung der Stadt für eine zivile Seenotrettung bekräftigten, so der Antragstext. Rostock ist bereits seit 2019 Mitglied im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“, zu dem sich mittlerweile mehr als 200 Städte und Gemeinden zusammengefunden haben.
Genosse Dr. Wolfgang Nitzsche bezeichnete den Beitritt als Humanismus der Praxis. Die Grundlage für den Antrag bilden auch schon zwei Bürgerschaftsbeschlüsse aus den Jahren 2018 und 2019, die ein deutliches Bekenntnis der Stadt für einen verantwortungsvollen und humanitären Um-

gang mit aus Seenot geretteten Menschen darstellen. Mit einer Zusage zu unserem Antrag könne die Kooperationen mit regionalen Bündnispartnerinnen gestärkt werden.

Fraktionssitzung

In seiner Erklärung ging er nochmal auf die Schande Europas ein, indem er am Beispiel der europäischen Grenzsicherung Frontex die „PushBack"-Taktik erläuterte. Was zum einen beinhaltet, das die Frontexboote mit hoher Geschwindigkeit dicht an den Flüchtlingsboten vorbeifahren und sie so zum Abdrehen zu bewegen. Oder nach dem Kentern der manövrierunfähigen Boote, das Aufsammeln und Abwerfen der Flüchtlinge in den Ursprungsländern beinhalte. Nitzsche diplomatisch weiter: „Im Zuge der Aushöhlung des Asylrechtes droht uns die Zerstörung der moralischen Grundlagen, auf denen die EU gegründet worden ist." Undiplomatisch ausgedrückt: Was im Mittelmeer mit den Flüchtlingen passiert, ist eine Schande für Europa. Die Bündnispartner von „United4Rescue" wenden sich mit vier Forderungen an die deutsche und europäische Politik: Sie soll erstens Seenotrettung ermöglichen, zweitens die „Kriminalisierung der Seenotrettung" beenden, drittens faire Asylverfahren gewährleisten und viertens dafür sorgen, dass den Seenotrettern „sichere Häfen" offen stehen.

Die Gegenrede hielt Dr. Heinrich Prophet der CDU-Fraktion, der sich als Korrektiv für die schweigende Mehrheit sah. Er umriss die millionenschweren Schleuserstrukturen und behauptete, dass die Hilfe der zivilen Seenotrettung eine verstärkende Sogwirkung verursache und unsere Sozialsysteme belaste. Was in der Gegenrede des Grünen Dr. Felix Winter als obszöne und nicht bewiesene Panikmache beschrieben worden ist. Was richtig ist. Denn die Zuwanderung hat Deutschland wirtschaftlich mehr genutzt. Und das Ausspielen der Ängste von Armen gegen arme Menschen ist schon immer die perfide Taktik der fremdenfeindlichen Kräfte in unserem Land gewesen sei. Menschen, die wenig haben, wird Angst gemacht, noch weniger zu bekommen. Wo mir das Zitat von Gregor Gysi einfällt, der in einer Bürgerfragestunde die Behauptung umgedreht und gefragt hat, ob der Fragensteller denn wirklich glaube, dass wenn es keine Flüchtlinge oder Zuwanderung gäbe, er mehr Geld bekommen würde?

Genossin Eva-Maria Kröger versuchte die Wogen zu glätten – Alles musste mal raus, sagte sie. Weiter beruhigte sie, dass die großen Fragen hier heute nicht gelöst werden können. Was wir aber alle können ist, unseren, wenn auch kleinen Teil, dazu beitragen, dass wir in einer besseren Welt leben. Unserem Antrag wurde mit dem Stimmen der SPD und den Grünen angenommen.

Martin Raspe

TAG DER ARBEIT

Wieder kein Familienfest auf dem Kastanienplatz am 1. Mai! Kein Kuchenbasar, kein Cuba sí-Stand, keine roten Söckchen ... Kein Bücherbasar!!! Die dritte und hoffentlich letzte Corona-Welle zerstörte wieder alle Planungen für den Tag der Arbeit. Um den 1. Mai herum verteilten wir deshalb in Rostock zigtausende Postkarten, auf denen wir für gerechte Löhne in Mecklenburg-Vorpommern warben.

Der DGB organisierte aber einen Demozug vom Doberaner Platz in Richtung Rathaus. Vielen Dank hierfür! Zahlreiche Mitglieder unseres Kreisverbandes nahmen auch an der anschließenden Kundgebung auf dem Neuen Markt teil und lauschten tapfer den Reden u.a. von Manuela Schwesig.

Und im nächsten Jahr? Wer möchte schon Wetten darüber abschließen ...

Traditionell fand am 1. Mai um 9.30 Uhr eine kleine Gedenkveranstaltung am Werftdreieck statt, auf der an die Befreiung der Rostocker Zwangsarbeiter*innen vor 76 Jahren erinnert wurde.

Fotos: Carsten Penzlin/Klaus Röber

75. JUBILÄUM DER EINWEIHUNG DES ODF-DENKMALS IM ROSENGARTEN

Am 5. Mai 1946 wurde das Denkmal für die Opfer des Faschismus (OdF) im Rostocker Rosengarten eingeweiht. Zum 75. Jahrestag lud die *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten* (VVN-BdA) Rostock zu einer Gedenkkundgebung am 5. Mai 2021 um 16 Uhr im Rosengarten ein. Unser Sprecher Eckhard Brickenkamp begrüßte stellvertretend für die VVN-BdA. Aufgrund der Beteiligung zweier sozialdemokratischer Oberbürgermeister an der Umsetzung des Denkmals, hielt Anne Mucha als Mitglied aus dem Vorstand des SPD-Kreisverbandes Rostock und Mitglied der Bürgerschaft ein Grußwort. Zudem sprach Michael Noetzel für DIE LINKE Landkreis Rostock.

Schon in den ersten Monaten nach der Befreiung Deutschlands von der Herrschaft der Nationalsozialist*innen, gab es in Rostock Überlegungen, für die Opfer und Verfolgten des Nazi-Regimes einen würdigen Gedenkstein zu setzen. Der Ort sollte im Zentrum der Stadt liegen. So entstand der Vorschlag, den Platz am Eingang zum Rosengarten beim Steintor zu wählen, gegenüber dem Ständehaus, in welchem NS-Richter ihre Strafen gegen Mitglieder des antifaschistischen Widerstands unter anderem aus Gewerkschaften, Parteien wie der SPD und der KPD oder bürgerlichen und liberalen Parteien verhängt hatten.

In seiner Sitzung am 11. Dezember 1945 entschied sich der OdF-Ausschuss bei der Rostocker Stadtverwaltung im Beisein von Oberbürgermeister Otto Kuphal (SPD) für den Entwurf des jungen Architekten Hans Stridde. Er schlug vor, das Mahnmal aus einem grauen Granit-Kubus zu gestalten und auf jeder der vier Seiten das V oder den Winkel konisch aus dem Granit zu schlagen, der je nach Farbe als Kennzeichen der verschiedenen Verfolgten-Gruppen in den Konzentrationslagern war und noch heute als Symbol im Logo der VVN-BdA erhalten geblieben ist. Der Kubus sollte von einer Opferschale gekrönt werden, die von den Buchstaben KZ „getragen“ wird.

Zu dieser Entscheidung des OdF-Ausschusses gab es in der Stadt nicht nur Zustimmung. Die Rostocker Ortsgruppe der Sektion „Bildende Kunst“ forderte zum Beispiel eine Ausschreibung für den Gestaltungsentwurf des Mahnmals. In seiner Sitzung am 28. Dezember 1945 sprach sich der OdF-Ausschuss gegen eine Ausschreibung aus und bat den Oberbürgermeister in einem Schreiben vom 8. Januar 1946, dem Entwurf von Hans Stridde offiziell zuzustimmen. Dabei wurde auch darauf verwiesen, dass die Frau von Stridde Opfer der Nürnberger Gesetze gewesen war.

Der Rostocker OdF-Ausschuss setzte sich wie folgt zusammen: Brigitte Boas als jüdische Vertreterin, als Vertreterin der ehemaligen Häftlinge des KZ Ravensbrück Emmy Göpfert, Erich Hagenbeck als Vertreter für Häftlinge des KZ Flossenbürg, Wilhelm Hahn und Leopold Fox für die Häftlinge des KZs Sachsenhausen, Tesch für die KPD, Schröder für die SPD, Knorr für die Gewerkschaften und Brandt als Beisitzer. Leiter des Ausschusses war Kurt Gramm, der als Rostocker Jude in der Nazizeit entrechtet und verfolgt wurde.

Oberbürgermeister Kuphal stimmte dem Vorschlag des Ausschusses zu. Als nach

Otto Kuphals Ableben Albert Schulz (SPD) am 1. Februar 1946 das Amt des Rostokker Oberbürgermeisters antritt, unterstützt er die Konzeption für die Errichtung des Mahnmals vorbehaltlos.

Am 5. April berichtet die „Volksstimme“ über die Genehmigung der Bauaufsichtsbehörde zur Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Faschismus im Rosengarten. Die Ausführung der Steinmetzarbeiten und die Aufstellung des Mahnmals erfolgt durch die Rostocker Firma Mayen und Mohr. Die „Opferschale“ fertigen Arbeiter des Reichsbahnausbesserungswerkes aus der Schiffsplatte eines zerstörten deutschen Kriegsschiffes. Die Gestaltung der Freifläche um das Mahnmal entwirft Stadtgärtner Arno Lehmann und das Stadtgartenamt übernimmt die Ausführung.

Oberbürgermeister Albert Schulz entscheidet, dass der Platz, auf dem das Denkmal für die Opfer des Faschismus steht, in „Karl-Marx-Platz“ benannt wird, der Rosengarten jedoch seinen Namen behält. Am 29. April 1946 informiert Oberbürgermeister Albert Schulz in einer Hausmitteilung alle Dienststellen und Bereiche des Rathauses, „dass am Sonntag, dem 5. Mai 1946, 9.30 Uhr am Rosengarten das Denkmal für die Opfer des Faschismus eingeweiht werde ... Zahlreiche Beteiligung wird gebeten, zu veranlassen.“

Die Einweihung findet wie geplant statt. Sehr viele Rostockerinnen und Rostocker sind gekommen, wie aus einem überlieferten Foto ersichtlich ist. Unter den Teilnehmern befinden sich die Verfolgten des Nazi-Regimes, die dessen Terror überleben konnten. Die Begrüßungsansprache hält der Vorsitzende des Rostocker OdF-Ausschusses, Bürgermeister Walter Petschow. Ansprachen halten auch Alfred Starossen für die SED, Dr. Leo Glaser für die LDP und Fanny Mütze-Specht für den Antifaschistischen Frauenausschuss.

Mit der Enthüllung des Denkmals erhält seine Umgebung offiziell den Namen „Karl-Marx-Platz“. Durch die Einweihung des Denkmals am 5. Mai 1946 gehört Rostock zu den ersten Städten in Deutschland, die einen würdigen Gedenkort für die Opfer und Verfolgten des Nazi-Regimes geschaffen haben.

In den folgenden Jahren findet an diesem Ort aus unterschiedlichen Anlässen eine Ehrung der Opfer des deutschen Faschismus statt. Vor allem am „Tag der Opfer des Faschismus“, der seit 1945 in vielen Städten Europas am zweiten Sonntag im September begangen wird, treffen sich hier viele Menschen, um der Opfer des Nazi-Terrors zu gedenken, den Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft und den Krieg zu würdigen und im Brecht‘schen Sinne zu mahnen: „Der Schoß ist fruchtbar noch“.

Heute fühlt sich die VVN-BdA dieser Tradition verpflichtet. Sie verbindet gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen mit dem OdF-Denkmal weiterhin Gedenkarbeit zu den Opfern und Verbrechen des NS-Regimes sowie den Widerstandskämpfer*innen. Die VVN-BdA setzt sich gegen neofaschistische Erscheinungen, gegen Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Diskriminierung sowie gegen alle Arten von Militarismus ein. Ihr Wahlspruch ist bis heute der Schwur der Häftlinge von Buchenwald: „Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Pressemitteilung der VVN-BdA Rostock,
Foto: Eckhard Brickenkamp

HANS PAASCHE EHREN!

„Ehre, wem Ehre gebührt!“ - Hans Paasche ehren! Ein Aufruf aus den Städten Bremen und Rostock

Hans Paasche war ein Denker von beklemmender Modernität. Seine Schriften und sein Engagement weisen ihn als herausragende Persönlichkeit der Jugend-, Ökologie-, Lebensreform- und Friedensbewegung aus und geben Einblick in seine Wandlung vom Marine- und Kolonialoffizier zu einem bedeutenden Fürsprecher der Völker Afrikas und zugleich zu einem unerbittlichen Ankläger des deutschen Militarismus. Vieles von dem, was er gesagt und geschrieben hat, lädt uns ein, unsere heutige Haltung zu den Fragen von Krieg und Frieden ebenso zu überdenken wie unser Verhältnis zu Natur und Umwelt.

Paasche, am 3. April 1881 in Rostock geboren, ist einem großbürgerlichen Elternhaus aufgewachsen. 1900 trat er auf Drängen seines Vaters, des späteren Reichstagsvizepräsidenten Hermann Paasche, in die Kaiserliche Marine ein und war ab 1904 als Offizier auf einem Kreuzer vor der Küste Deutsch-Ostafrikas eingesetzt. In diese Zeit fiel auch seine Teilnahme an der brutalen Niederschlagung des Maji-Maji-Aufstands 1905/07, was einen Wandlungsprozess einleitete. Zwei Jahre später verließ er die Marine. Der Kapitänleutnant a.D. heiratete und kehrte zusammen mit seiner Frau nach Afrika zu einer Expedition nach den Quellen des Weißen Nils zurück. Seine Liebe zu diesem Kontinent und seinen Menschen äußerte sich in seiner 1912 zunächst in Briefform veröffentlichten kolonialismuskritischen Publikation „Die Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara ins innerste Deutschland“, die nicht nur dem Hohenzollernreich einen entlarvenden Spiegel vorhielt.

Zu Kriegsbeginn 1914 meldete sich Hans Paasche in die Marine zurück, die ihn aber 1916 wegen seiner antimilitaristischen Haltung entließ. Er ging in den politischen Untergrund. 1917 inhaftiert, wurde ihm Aufforderung zum Hochverrat vorgeworfen. Um einem Prozess von öffentlichem Aufsehen aus dem Weg zu gehen, erklärte man ihn für geisteskrank und nahm ihn in einem Sanatorium in Schutzhaft. Im November 1918 von revolutionären Matrosen befreit, wirkte er bis zur Entmachtung der Räte als Beauftragter für Auswärtiges und Waffenstillstandsbedingungen des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte. Nach dem Tod seiner Frau im Dezember 1918 lebte Paasche mit seinen vier Kindern auf seinem Gut „Waldfrieden“ (heute in Polen). In seinen Schriften kritisierte er die Schuldigen am Krieg, setzte sich für soziale Gerechtigkeit und ökologisches Wirtschaften ein. Ausdrücklich begrüßte er den Verlust der deutschen Kolonien. Am 21. Mai 1920 wurde er von rechtsradikal gesinnten Reichswehrsoldaten bei einer Hausdurchsuchung „auf der Flucht“ erschossen. Der Mord blieb ungesühnt.

Hans Paasche ist ein überzeugender historischer Zeuge für die längst überfällige Würdigung einer anderen Traditionslinie in der deutschen Geschichte. Die Erinnerung an sein Leben und Wirken gehört in den öffentlichen Raum, sie gehört zum demokratischen Diskurs in unserer Gesellschaft – und nicht zuletzt als wichtiger Beitrag zur heutigen und künftigen Erinnerungskultur.

Seit kurzem bemühen sich Einzelpersonen und Initiativen in Rostock und Bremen, das Gedenken an ihn wachzuhalten. In welcher konkreten Form dem stattgegeben wird, mag vor Ort entschieden werden.

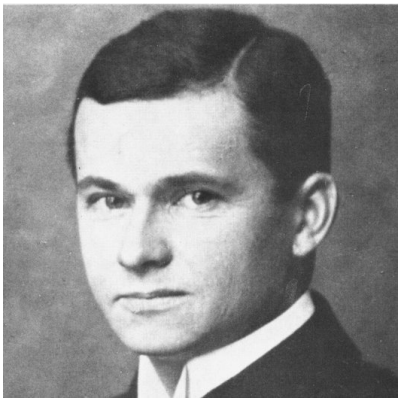
In Bremen ist inzwischen der Vorschlag gemacht worden, das ehemalige „Bundeswehrhochhaus“ nach Hans Paasche zu benennen. Allerdings müsste die „Gewoba“ (Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft), die das Gebäude übernommen hat und zu großen Teilen der Stadt bzw. dem Land Bremen gehört, sich ebenfalls dafür aussprechen.

Wir bitten Sie, diesen Aufruf durch Ihre Unterschrift zu unterstützen, um so der Verwirklichung unseres Anliegens in den beiden Städten größeres Gewicht zu geben. Vorschläge und Mitarbeit sind willkommen.

Helmut Donat, Bremen
Dr. Cornelia Mannewitz, Rostock

Ich stimme dem Aufruf zu und bin damit einverstanden, dass mein Name und Wohnort sowie meine Berufsbezeichnung veröffentlicht wird:
Vorname:
Name:
Straße:
PLZ und Ort:
Beruf/Tätigkeit:
Email-Adresse:

Bitte richten Sie Ihre Antwort per Email an:
info@donat-verlag.de
Rostocker-Friedensbuendnis@web.de



WIR NEHMEN ABSCHIED

Nachruf für Genossen Heinz Clement (*1932 +2021)

Nach langer schwerer Krankheit verstarb unser Genosse im April 2021. Sein Leben war geprägt vom Dienst in der VP und später von seinem Wirken in der Seniorenarbeit.

Viele Jahre war er im Ortsvorstand unserer Partei in Bad Doberan tätig. Er nahm an vielen politischen Kampfaktionen teil, wie Demos in Berlin, sowie in Rostock anläßlich des G8-Gipfels. So lange wie möglich nahm er an Veranstaltungen zum 1. Mai, 8. Mai und 1. September teil. Er gehörte auch zu den Erstmitgliedern des BRH und war lange Zeit deren Ortsvorsitzender in Bad Doberan.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Im Namen der Ortsgruppe in Bad Doberan

Arnold Scholtz
Friedrich Keding

AUS DEM LANDKREIS

LEIDEN IM KREISTAG

Die praktische Handhabung und Umsetzung der Geschäftsordnung unseres Kreistages macht mich rasend!

(Resümee über die Kreistagssitzung Landkreis Rostock vom 28.04.2021 von Dörte Schmidt, Mitglied der Fraktion DIE LINKE)

„Das muss jetzt unbedingt noch raus, sonst platze ich, denn....

Ich bin ehrlich gesagt ein bisschen ratlos und auch maßlos enttäuscht. Wenn ich mir den Verlauf der Kreistagssitzungen in den letzten Monaten anschaue, dann stimmt mich das mehr als nachdenklich und ich fühle mich zunehmend unwohl mit der Art und Weise, wie dort Beschlüsse zustande kommen. Für gewöhnlich gibt es im Verlauf einer Sitzung Anträge. Mal von der Verwaltung und mal von den vertretenden Fraktionen im Kreistag. Während die Verwaltungsanträge vor der Beratung im Kreistag regelmäßig in den dafür gewählten Ausschüssen beraten werden, ist dies leider bei den Anträgen der Fraktionen nicht der Fall. Ich finde deshalb das demokratische Mittel solche Anträge, auf Antrag einer Fraktion aus dem Kreistag in die zuständigen Fachausschüsse zu verweisen super. Warum? Weil sich so der Fachausschuss mit dem Thema noch mal befassen kann und in der Regel eine fachlich fundierte Empfehlung für den Kreistag abgeben kann. Ich denke es ist logisch, dass man als Kreistagsmitglied sich nicht mit allen Dingen 100% gut auskennen kann.

Aber das, was ich seit einigen Monaten in diesem gewählten Kreistag beobachten muss ist etwas völlig anderes. Immer häufiger entscheidet die AfD mit Unterstützung der CDU über welche Anträge, von wem auch immer noch in irgendeinen Fachausschuss dazu beraten werden darf. Häufig betrifft es dabei Themen wie Klimaschutz und Nachhaltigkeitsstrategie, „Fairtrade Landkreis“ oder so wie heute Regionale Beschaffung und Leitlinien für mehr Nachhaltigkeit beim Einkauf (bezogen auf die Verwaltung). Beantragte Verweisungen werden regelmäßig abgelehnt, im Gegenteil es wird dann lieber gefühlt stundenlang ohne gesichertes Faktenwissen ein Antrag von „einigen wenigen Mitgliedern des Kreistages öffentlich zerredet und zum Zwecke der Profilierung missbraucht. Es geht dann nur noch um politische Standpunkte und nicht mehr um Inhalte.

Diese Diskussionen sollten nach meiner Ansicht aber in Fachausschüssen geführt werden und genau dort sollte gemeinsam nach der besten Lösung gesucht werden. Dass es unterschiedliche Auffassungen gibt, liegt in der Natur der Dinge, aber es darf nicht sein, dass Themen, die einer Fraktion nicht gefallen gar nicht erst im Ausschuss behandelt werden können. Die absolute Krönung war heute für mich, als ein Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zum Thema „regionale Beschaffung“ vorgetragen wurde und als erster Redner dazu die AfD einen Antrag auf Beendigung der Debatte stellte. Einer Debatte, die wohlgemerkt!!! noch gar nicht begonnen hatte. Als diesem AfD-Antrag mit den Stimmen der CDU auch noch stattgegeben wurde, war das mein bisheriger demokratischer Tiefpunkt. Sorry, aber so sollten wir nicht weiter im Kreistag agieren. Das ist nicht mein Verständnis von Kommunalpolitik. Ich bin zutiefst erschüttert und hoffe, dass dieser unglaubliche Vorgang zum Innehalten und Nachdenken anregt. Wir können gerne unterschiedliche Meinungen vertreten und streiten, aber das setzt konstruktiven Streit voraus und das sollte unter Demokraten doch möglich sein, egal um welche Themen es geht. Ich erwarte, dass sich das Präsidium des Kreistages, gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden dazu verständigt wie wir zukünftig mit Anträgen, egal von wem, umgehen. Sie sollten sich auf einen gewissen demokratischen Konsens einigen, der für mich z.B. lautet: Wenn eine Verweisung in einen Fachausschuss beantragt und gut begründet wird, dann sollten wir uns als Kreistag diese Zeit nehme. Das muss unter Demokraten möglich sein.“ Diese meine Meinung habe ich dem Kreistags-Präsidenten auch gleich nach der Sitzung mitgeteilt. „Es kann nicht sein, das eine AfD mit Unterstützung der CDU entscheidet, was noch in einen Ausschuss verwiesen wird und was nicht.“

Dankeschön, nun geht es mir etwas besser!

Dörte Schmidt

Mitglied des Kreistages Landkreis Rostock für die Fraktion DIE LINKE

AUS DEM EU-PARLAMENT

Die Linke im EP fordert Politikwechsel der EU in den Beziehungen zu Russland

Helmut Scholz zur Entschließung des Europäischen Parlaments

„Russland, der Fall Alexej Nawalny, der Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine und die russischen Angriffe in der Tschechischen Republik“

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (ECHR) hat nach Alexei Nawalnys Verurteilung zu dreieinhalb Jahren Straflager die russische Regierung aufgefordert, ihn aufgrund der realen Gefahr für sein Leben freizulassen. DIE LINKE im Europäischen Parlament unterstützt diese Forderung und bedauert, dass die Russische Föderation in diesem und wie in zahlreichen anderen Fällen die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht nur nicht anerkennt und umsetzt, sondern damit auch die eigene Mitgliedschaft in der Europäischen Menschenrechtskonvention konterkariert.
Wir sind entsetzt und zugleich zutiefst besorgt über die verschiedenartigen Anschläge auf Menschen auf dem Territorium Russlands und der EU, die als geheimdienstliche Operationen eingestuft werden. Sie sind das Symptom mangelhafter parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Kontrolle der Geheimdienste - ein Problem, das nicht nur in Russland existiert.
Wir verurteilen den Versuch der russischen Regierung, kritische Stimmen in Russland zum Schweigen zu bringen. Dabei geht es nicht nur um die mit Nawalny verbundenen Organisationen, die auch aus der EU politische und finanzielle Unterstützung erhalten. Auch die Bedingungen für die Arbeit vieler anderer kritischer zivilgesellschaftlicher Initiativen, darunter sehr viele sozial-

TERMINE

WANN?	WO?	WAS?
Mi., 26.5., 18.30 Uhr	Online	Videokonferenz des LRO-Kreisvorstandes
Sa., 12.6., 10.00 Uhr	Stadthalle Rostock	Landesparteitag

***

engagierte, friedens- und umweltpolitische und linke Kräfte, verschlechtern sich seit Jahren massiv. Wir sehen diese Entwicklung mit großer Besorgnis.
Auch wenn wir unterschiedliche Bewertungen hinsichtlich der Entwicklung in der Ukraine und der Ursachen des Konflikts mit Russland haben, sind wir uns einig, dass es nur eine politische Lösung der damit verbundenen komplexen, langwierig sich herausgebildeten und angestauten, vielschichtigen Konflikte gibt. Wir sagen deshalb auch ganz klar: Die Demonstration militärischer Stärke ist nicht nur ungeeignet, Lösungen in dieser Situation herbeizuführen. Sie birgt vielmehr die Gefahr einer weiteren Destabilisierung der ohnehin zugespitzten Situation in der Region, potentiell mit Gefahren für den Frieden in Europa.
Die Resolution des Europäischen Parlaments betrachtet diese Situation jedoch einseitig und aufgrund der Analyse, dass Russland ein Feind der Europäischen Union und ihrer Mitglied- und osteuropäischen Nachbarstaaten ist. Wir halten dieses Herangehen für falsch und für kontraproduktiv. Russland ist ein zweifellos komplizierter Nachbar. Das Drehen an der Konfrontationsspirale ist jedoch nicht einseitig, wofür die Stationierung von NATO-Kontingenten an den russischen Grenzen und NATO-Militärmanöver mit antirussischer Stoßrichtung nur zwei Spiele aus dem Arsenal der militärischen Konfrontation sind.
Seit 2014 verweigern sich die Russische Föderation und die Europäische Union einem überfälligen und neu anzustoßenden Dialog. Statt in eine offene Diskussion über die vielen strittigen Fragen einzutreten, werden gegenseitig Sanktionen erlassen und der Krieg der Worte immer weiter forciert. Wir sind an einem Tiefpunkt des bilateralen Beziehungsgeflechts angelangt, der alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sogar wissenschaftlich-kulturellen Verhältnisses markiert.
Das Europäische Parlament treibt diese Konfrontationsspirale seit Jahren weiter voran, ohne substanzielle Veränderungen in den bilateralen Beziehungen zu erreichen. Die zum Ausgang des eigenen Agierens benannten Werte und Ziele als Maßstab für die Innen- und Außenpolitik der Russischen Föderation werden mit dem konfrontativ angelegten Politikkurs kaum durchsetzbarer. Die 1990 gemeinsam von allen europäischen Ländern unterzeichnete Charta von Paris als Wegmarke für eine Neugestaltung des europäischen Zusammenlebens droht endgültig Makulatur zu bleiben, angesichts egoistischem Beharren auf die Durchsetzung der jeweils eigenen divergierenden, machtpolitischen Interessen.
Auch wenn wir in nicht wenigen Einzelfragen mit den Bewertungen von unterschiedlichen Mehrheiten im Parlament zu Entwicklungen in Russland übereinstimmen, lehnen wir einen Politikansatz des massiven Drucks und von Forderungen nach immer weiteren Sanktionen als grundsätzliche Ausgangsposition für eine heutige und künftige, durchaus zukunftsfeste Ausgestaltung des bilateralen Verhältnisses EU - RF und vieler seiner Auswirkungen auch auf die Nachbarschafts- und Beitrittspolitik der EU ab. Vielmehr ist eine solche Politik auch ungeeignet, die Zivilgesellschaft in Russland zu unterstützen. Sie wird im Gegenteil dazu führen, dass der Spielraum für zivilgesellschaftliches Engagement in Russland weiter eingeschränkt wird. Deshalb haben wir die Resolution des Europäischen Parlaments, die sich u.a. mit dem Fall Nawalny und dem Aufmarsch russischer Streitkräfte an der russisch-ukrainischen Grenze beschäftigt, heute abgelehnt.
Wir bleiben dabei: in der Außen-und Sicherheitspolitik der EU sind die Lehren aus zwei Weltkriegen, der Zeit des Kalten Krieges und dem KSZE-Prozess zu ziehen. Das erfordert am vordringlichsten, das verbale Säbelrasseln zu beenden und stattdessen ungeachtet aller komplizierten Problemlagen und Widersprühe Schritte zum Abbau der Spannungen mit Russland zu ergreifen. Das bedeutet, einen Prozess der Vertrauensbildung, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu beginnen, wieder normale Handels- und Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturbeziehungen im gegenseitigen Interesse und vor allem im Interesse des Zusammenführens von Potentialen zur gemeinsamen Bewältigung der vor uns stehenden globalen Herausforderungen aufzubauen und den Ausbau von Kontakten zwischen den Menschen u.a. durch die Aufhebung der Visapflicht zu befördern. Wir brauchen im 3. Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts im Interesse der Zukunft Europas endlich den Paradigmen-Wechsel auch im bilateralen Miteinander.

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

***

Fragezeichen *(von Jürgen Riedel)*

Nie entschuldigten sich
CDU CSU FDP
für schutthaldeschwere Schuld
ihrer Vorgängerparteien

hätten sie
gegen teufelsrußige Diktatur gestimmt
wären vielleicht
höllennächste Jahre der Weltgeschichte
verhindert worden
Hitler hatte bis 23.3.33
Erst teilweise die Macht gekrallt

Einseitiger Gesundheitsexperte
(von Jürgen Riedel)

Mit Blick auf Corona
plätschert SPD-Kassandra als
lauter Bach

nicht einmal rinnsalleise Kritik
bei teilweise Groko-verschuldeter
Hades-Nähe
von Krankenhauskeimen Autoabgasen

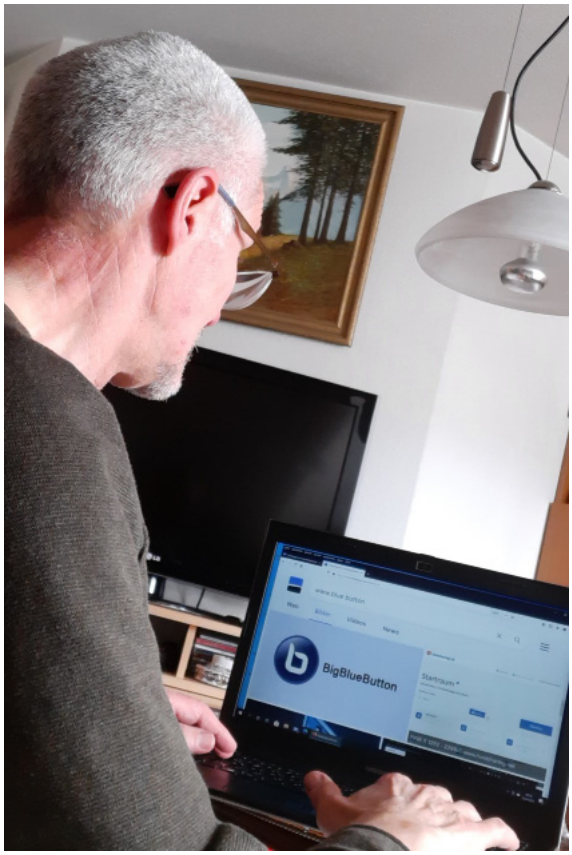
SENIORENPOLITIK

Grenzen überwinden - eine aktuelle Aufgabe

Nachrichten aus der AG Senior*innenpolitik Rostock

Wieder ein Corona-Gipfel... Präsenz-Termine entfallen. Als sich in den ersten Monaten in 2020 Mitglieder der AG trafen, um sich unter Anleitung unseres „Silversurfers“ Eckard über die Möglichkeiten des Smartphones auszutauschen, dachte noch keine(r), wie bald der Umgang mit den digitalen Medien zu einer notwendigen Alltagsgewohnheit werden sollte, ob im beruflichen, organisatorischen oder familiären Umfeld.
Wohl konnten im vergangenen Jahr noch drei Präsenzveranstaltungen mit der AG (unter Beachtung der AHA-Regeln) stattfinden, doch seit November gibt es die gesundheitsbedingten Grenzen, die wir nicht überschreiten.
Dagegen konnten wir jedoch bisherige Grenzen bei der Nutzung der digitalen Technik überwinden oder doch wenigstens verschieben. So fand zum wiederholten Male auch unsere Arbeitssitzung im März als Videokonferenz statt, auf der uns ein Austausch und die Beschlussfassung unseres Arbeitsplanes für das unwägbare Jahr 2021 gelang. Die uns zur Verfügung gestellte Konferenzsoftware ermöglichte immerhin auch die Teilnahme von Mitgliedern ohne Internet-Zugang per Telefon.
Persönlich habe ich aber noch in anderer Richtung Grenzen aufzustoßen, etwa gegenüber meinen Nachbarn, den Bekannten, Freunden und Kollegen, um mit ihnen im Sinne des „Haustür-Gesprächs“ in Kontakt zu treten.
Als Arbeitsgemeinschaft wird es künftig auch darum gehen, über Organisationsgrenzen hinweg mit Gleichgesinnten zusammenzuwirken (nicht nur im Wahljahr). Das fällt mit der Volkssolidarität am leichtesten, weil Viele von uns selbst Mitglied sind, doch ebenso brauchen wir die Verbindung zu weiteren Wohlfahrtsverbänden, Seniorenorganisationen der Gewerkschaften usw.
Eine Gelegenheit dafür bot das Kooperationstreffen des Landesseniorenbeirats, das am 19.04. als Video-Veranstaltung durchgeführt wurde. Eine inhaltliche Auswertung des Treffens hat in unserer AG im Rahmen einer Videokonferenz gemeinsam mit der LAG am 05.05. stattgefunden:
Beim Austausch zur aktuellen Lage wurde der Vorschlag aufgegriffen, die Internetseiten stärker zu nutzen und auszugestalten. Auf Zustimmung stieß dabei der Hinweis, unsere Standpunkte als Senior*innen zu verdeutlichen, sei es zu globalen Problemen, wie etwa der Funktionsweise von Algorithmen bei der Internet-Recherche, oder auch zu innerparteilichen Problemen. (Belange der AG Rostock sind über die Website des Landesverbandes / Landesarbeitsgemeinschaft Senior*innenpolitik einsehbar)
Die AG-Mitglieder berichteten über ihre konstruktiven Eindrücke von den Aktionen zum 1.Mai, wie u.a. in Rostock, sowie von den im April durchgeführten Wahlkreis-Versammlungen bzw. Kreisparteitagen. Besondere Aufmerksamkeit erregte dabei die Schilderung unserer Genossin Erika Weigelt aus dem Kreisverband VR, welche Grenzen sie zu überwinden hatte (3 Straßensperren), um zum Kreisparteitag nach Stralsund zu gelangen.
Die Teilnehmenden des Video-Treffens verabschiedeten sich mit dem gegenseitigen Wunsch nach Gesundheit. Zur Beeinflussung gesundheitlicher Grenzen blieb mir nur zu versichern, die versprochenen Empfehlungen des Sportmediziners Stanley Ernest Strauzenberg (1914-2015) auf elektronischem Wege nachzureichen.

Klaus Röber
*AG Senior*innenpolitik Rostock*



Vor der Videokonferenz

Gewinner: Janine Wissler und Dietmar Bartsch wurden mit großer Mehrheit zu Spitzenkandidat*innen gewählt. Genosse Frank Nieswandt gewann die Bürgermeisterwahl in Friedland. Jahrelange engagierte kommunalpolitische Arbeit zahlt sich eben aus! Herzlichen Glückwunsch!
Verliererin: Kerstin Weiss (55, SPD), bisherige Landrätin von Nordwestmecklenburg, verlor am 09. Mai die Stichwahl gegen Tino Schomann (33, CDU) um das Amt des Landrates.

MONATSZAHL

99 Seiten lang ist der Genehmigungsbescheid aus dem Jahr 2010 für die Schweinezuchtanlage Alt Tellin, in der vor wenigen Wochen über 50.000 Tiere verbrannten. Kontrolliert wurde wenig, Auflagen nicht umgesetzt.

MONATSZITAT

Was sagt der zuständige Dezernent des Landkreises dazu? „Dieser Brand hat gezeigt, dass das Brandschutzkonzept genau dazu geführt hat, dass es nicht zu einer Katastrophe kam. Der Brand war ein schreckliches Ereignis. Aber zu einer Katastrophe hätte es geführt, wenn das Feuer auf die Biogasanlage übergegriffen wäre.“ Über 50.000 verendete Lebewesen sind also keine Katastrophe. Aha.

LYRIK

Aufbruch *(von Janina Niemann-Rich)*

Pfingstrosenrausch
ich erblüh‘

Schönstblumen
(von Janina Niemann-Rich)

Pfingstrosen
sinnliche Fülle des Frühlings

Frühlingswoge *(von Janina Niemann-Rich)*

Ein Meer in Meer
Tiefenrausch
Kirschblütenmund

Herz-akrobatisch
(von Janina Niemann-Rich)

auf Frühlingssonnenstrahl
Liebe wandelt